
FORUM: Deutschland nach Solingen

Andrei S. Markovits:
Aus der Bundesrepublik wurde Deutschland -
Die politische Klasse hat versagt

Prof. Dr. Andrei S. Markovits, geb. 1948 in Timisoara/Rumänien, ist Institutsleiter am Board of Studies in Politics der University of California, Santa Cruz (USA) und Senior Fellow am Center for European Studies der Harvard University in Cambridge/Mass. (USA).

Ich erinnere mich gut daran: Mitten in der Euphorie und in der echten Freude, die ich am Nachmittag des 9. November 1989 spürte, als ich mit meinen Studenten, anstatt mein Seminar abzuhalten, vor einem Fernsehschirm saß (die Berliner Mauer hatte sich kurz nach 13.00 Uhr OstküstENZEIT oder 19.00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit geöffnet), sagte ich etwas, was außer für meine unmittelbaren Nachbarn für kaum jemanden hörbar war: „Die Bundesrepublik tritt ab, Deutschland tritt auf.“ Dies schien mir übermäßig pessimistisch, weshalb ich die vergangenen vier Jahre damit verbrachte, meine anfänglichen Befürchtungen zu bekämpfen. Aber durch die tägliche Lektüre des politischen Teils der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und ihrer Leitartikel und durch andere Informationen ist mir klar geworden, daß meine Befürchtungen am Ende doch nicht ganz falsch waren. So habe ich z. B. eine große Differenz festgestellt zwischen dem Deutschland, das ich sehe, und dem, das Helmut Schmidt und Marion Gräfin Dönhoff sich vorstellen und in ihrem „Manifest für unser Land“ beschreiben, das in „Der Zeit“, jenem Leuchtfeuer des Liberalismus, veröffentlicht wurde. Vielleicht lag Dirk Schümers düstere Beschreibung, daß in der Bundesrepublik unter dem „dünnen Firnis des emsigen Sozialstaates“ eine viel häßlichere Politik der Intoleranz lauere, viel näher an der Wahrheit, als ich glauben wollte.

Nichts bestätigte für mich dieses pessimistische Bild mehr als die Debatten des Deutschen Bundestages und seine anschließende Entscheidung, Artikel 16 des Grundgesetzes zu verstümmeln, den Artikel, der sicherlich zum wert-

vollsten gehört, was die Bundesrepublik einst ausmachte: Toleranz, verankert vielleicht nicht in den Herzen und im Lebensgefühl breiter Schichten des Volkes, aber doch im Denken und in den schriftlichen Äußerungen bestimmter Teile seiner politischen Klasse. Es tut mir leid, es zu sagen, aber das Volk hat sich klar durchgesetzt. Damit soll das abgrundtiefe Versagen der deutschen politischen Klasse nicht entschuldigt werden, der es nicht gelang, eine annehmbare und humane Lösung für ein zweifellos sehr schwieriges und komplexes Problem zu finden.

Aber bevor ich mich der Führungsschwäche und dem Mangel an moralischer Aufrichtigkeit zuwende, will ich auch das aussprechen, was offen zutage liegt: Diese Führung bewegt sich in einem demokratischen Gemeinwesen, in dem die Menschen schlicht und einfach Fremde nicht bis zu jenem Punkt integrieren wollen, an dem aus ihnen Deutsche werden. Diese Tatsache kann man nicht verleugnen. Trotzdem wissen wir aus der Geschichte, daß öffentliche Meinungen und allgemeine Bewußtseinslagen nicht unveränderbar sind. Sie sind nicht in Stein gemeißelt. Hier spielt die politische Führung eine entscheidende Rolle. Sie muß erziehen, Einfluß ausüben, Vorhut sein. Dabei geht sie Risiken ein und kann sogar scheitern. Aber sie muß ihre eigenen Ängste überwinden und führen. Genau das hat Lyndon B. Johnson in den USA getan, F. W. de Klerk in Südafrika, Michail Gorbatschow in der Sowjetunion und Anwar el Sadat in Ägypten. Wie wir nur zu gut wissen, sind die Kosten einer solchen Politik oft hoch und ihr Erfolg ist alles andere als sicher. Aber alle diese politischen Führer werden die historische Genugtuung erfahren, daß sie von der Geschichte danach beurteilt werden, ob sie es zumindest versucht haben.

Bei der entscheidenden Aufgabe, eine Republik zu schaffen, in der Ausländer tatsächlich den Deutschen formal gleichgestellt sind, kann ich dies leider von keinem der führenden deutschen Politiker sagen. (Wobei ich hiermit weder französische Touristen noch japanische Geschäftsleute meine, sondern in erster Linie osteuropäische Flüchtlinge und Türken). Ja, der Prozeß der Integration - sollte es jemals einen geben - muß sehr formal beginnen. Das ist die absolute Vorbedingung. Erst nachdem die formalen Bürgerrechte verliehen und garantiert sind, kann der viel undurchschaubarere und kompliziertere Prozeß der gegenseitigen Akzeptanz, ganz zu schweigen von Respekt und Zuneigung, beginnen. Ohne formale Gleichheit, die auf einer Ausweitung der Staatsbürgerschaft beruht, ist alles eine milde Gabe, eine Hilfe, eine Gnade, aber kein Recht. Es ist eine Beziehung zwischen den Mächtigen und den Machtlosen, bei der die letzteren von der Güte der ersteren abhängig sind, anstatt sich getrost auf die eigene Stärke verlassen zu können, die darauf beruht, daß sie als Bürger Teil der Gemeinschaft sind.

Ich weiß, daß viele Deutsche stolz auf die kilometerlangen Menschenketten sind, in denen sie mit brennenden Kerzen ihr Mitgefühl mit ihren türkischen Mitbürgern ausdrückten. Ich persönlich hätte viel lieber weniger spektakuläre, dafür aber wirksamere Maßnahmen gesehen, wie z. B. Aktivitäten, mit denen Druck auf die politischen Parteien ausgeübt wird, um ein Einwande-

rungsrecht nach amerikanischem Muster zu schaffen. Es hätte an die Stelle des Toleranzgebotes des Artikel 16 Grundgesetz treten können, die, vergessen wir es nicht, nur eine sehr kurzlebige Toleranz war, nicht mehr als eine Scheintoleranz, weil sie nur den Zugang zum Land gewährte, aber niemals etwas bot, was auch nur entfernt Akzeptanz oder Integration nahekam. Aber solche Aktivitäten von Gruppen, die politischen Druck ausüben, hätten vorausgesetzt, daß Deutsche nicht nur Sympathien für die Türken fühlen, sondern wirklich wünschen, daß aus Türken Deutsche werden. Die Anzeichen dafür sind bedauerlicherweise verschwindend gering. So lange das Konzept eines Turko-Deutschen oder Italo-Deutschen lächerlich erscheint, so lange mit anderen Worten diese Art der Verschmelzung für die deutsche Identität und die deutsche Kultur vollkommen fremd ist, bleibt alles andere eine überflüssige Fußnote.

Aber es hätte anders sein können. Was wäre gewesen, wenn die politischen Parteien und die führenden gesellschaftlichen Gruppen, die sogar in Deutschland manchmal führen und nicht nur dem Volkswillen folgen, Druck in Richtung auf die allmähliche Akzeptanz von Türken als Deutsche ausgeübt hätten?

Was wäre, wenn sie den mühsamen Prozeß, der die Stellung von Frauen in der Gesellschaft veränderte, für die Türken nachvollzogen hätten? Aber Frauen sind eben Wählerinnen, weil sie Bürgerrechte haben, und Türken sind es nicht. So häßlich banal sind die Zusammenhänge.

Die politische Klasse hätte die feigen Taten von Solingen nicht verhindern können. Aber weil sie nicht den richtigen Ton angeschlagen hat, weil sie in einem unübersichtlichen, mit Haken und Ösen gespickten Kontext nicht geführt hat, weil sie nicht unablässig Druck ausgeübt hat, um aus diesen Menschen deutsche Bürgerinnen und Bürger zu machen (nicht Deutsche auf der Basis von Geschichte, Sitten und Gebräuchen, sondern „nur“ durch formale Papiere und Rechtsdokumente), hat die deutsche politische Klasse die Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen Solingen bloß das verabscheuungswürdigste in einer ganzen Reihe von schlimmen Verbrechen war. Für mich zählt nicht so sehr Solingen und nicht die Tatsache, daß Helmut Kohl dem Begräbnis bewußt ferngeblieben ist. (Ich erwarte wenig von einem Mann und einer Partei, die Bitburg erfunden haben, um vor aller Welt ihr Deutschtum zu bekräftigen.) Um jedoch in diesem Forum unmißverständlich offen zu sein, will ich fragen, was der DGB und seine mächtigen Mitgliedsgewerkschaften im Hinblick auf die Einbeziehung von Ausländern - und von Türken im besonderen - in die Struktur der deutschen Gesellschaft genau getan haben? Wie viele „türkische Kollegen“ (wie Ihr sie so euphemistisch nennt) sind Mitglieder von DGB-Vorständen? Sind Türken Mitglieder von - Großen oder Kleinen - Tarifkommissionen? Kurz, sind sie - abgesehen davon, daß sie ein paar Betriebsräte in einigen Firmen stellen - in relevanter Zahl in Leistungsfunktionen tätig? Während der Zeit, in der ich über deutsche Gewerkschaften geforscht habe, habe ich Türken (fast ausschließlich Frauen) nur als Büro- und Reinigungskräfte und Kantinenpersonal angetroffen, die dafür da waren, das Wohlbefinden der deutschen Gewerkschaftsfunktionäre zu steigern.

Mir ist *niemals* eine Türkin oder ein Türke (oder ein Spanier, eine Griechin, ein Italiener) in einer Leitungsfunktion oder mit einer fachlichen Aufgabe in einer deutschen Gewerkschaft begegnet. Vielleicht sind meine Erfahrungen nicht repräsentativ, vielleicht haben sich die Dinge in den letzten Jahren geändert, aber ich fürchte, weder das eine noch das andere ist der Fall. Kurz, solange ich keine nennenswerte türkische oder „ausländische“ - dieses Wort sollte natürlich in diesem Zusammenhang nicht verwendet werden - Präsenz in den „guten“ deutschen Institutionen vorfinde, d. h. in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und bei den Grünen, ist Solingen für mich nur der hervorstechendste Ausdruck einer allgemein traurigen und inakzeptablen Situation, einer Situation, die eines demokratischen Landes wie Deutschland nicht würdig ist. Diese Sichtweise ist wegen des deutschen historischen Vermächtnisses besonders berechtigt. So gesehen treffen die wiederholten Entschuldigungen, daß die Franzosen, Italiener, Briten, Schweden - und natürlich die Amerikaner - auch diskriminieren, nicht den Punkt. Bedauerlicherweise liebt niemand Ausländer. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (der eine ganz besondere Mischung aus beiden ist) sind Teil des menschlichen Wesens. Ich habe einmal anders gedacht, habe aber meine frühere Naivität abgeschüttelt. Was ein Rechtsstaat allen Menschen schuldet, besonders den schwächsten unter ihnen, ist umfassender Schutz. Dies darf aber nicht auf Mildtätigkeit beruhen, sondern auf der Erweiterung der formalen Gleichheit und aller Rechte. Das Mittel dazu ist die Vergabe der Staatsbürgerschaft. Weder die Bundesrepublik noch das jetzige Deutschland haben dies getan.

Tatsächlich hat Deutschland die schützende (aber nicht egalitäre) Großzügigkeit abgestreift, indem es jetzt den offenen Zugang zum Land verweigert, den Artikel 16 des Grundgesetzes einst bot. Dieser schwerwiegende politische Schritt wurde nicht einmal durch die Formulierung - wenn schon nicht die Verabschiedung - eines Einwanderungsgesetzes begleitet, das Ausländern das Recht gäbe, Deutsche zu werden. Das heißt, daß die paternalistische Toleranz der ehemals bußfertigen Bundesrepublik durch die Arroganz eines Deutschland abgelöst wurde, das zunehmend selbstsüchtig wird. Die Tatsache, daß Artikel 116 des Grundgesetzes unangetastet blieb, während Artikel 16 geändert wurde, spricht Bände in bezug auf die Geistesverfassung der deutschen politischen Klasse und das allgemeine politische Klima. Schließlich wird mit Artikel 116 die Staatsbürgerschaft an Deutsche auf der Grundlage rassistischer Kriterien vergeben. Auf diese Art und Weise werden „Deutsche“ aus Rumänien, Rußland, Chile oder Argentinien einem „Türken“ aus Berlin oder Frankfurt eindeutig vorgezogen. Was diese Angelegenheit so traurig macht, sind die verschwindend geringen Aussichten, daß sich daran etwas ändert.

Trotz seiner gegenwärtigen Schwierigkeiten hat Deutschland ein vollkommen anderes Gewicht in Europa und in der Welt als die frühere Bundesrepublik. Es wird mit zunehmendem Selbstbewußtsein handeln (andere könnten es Arroganz nennen) und mit abnehmender Sorge um sein morali-

schies Ansehen. Außenpolitische Macht wird sicher die demokratische Substanz Deutschlands nicht verkleinern, aber sie wird sein öffentliches Auftreten verändern. Dazu kommt der schreckliche Zeitgeist in Europa und in der Welt, der gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern immer weniger tolerant ist. (Wer hätte es für möglich gehalten, daß das tolerante Frankreich ein Gesetz in Kraft setzt, das im Kern die Garantie einer französischen Staatsbürgerschaft zurückzieht, die auf dem jus soli beruht? Wer hätte geglaubt, daß der französische Innenminister öffentlich ein Gesetz vorschlägt, das der Polizei freie Hand gibt, Menschen zu verhören und festzunehmen, die wie Fremde „handeln“, z. B. eine fremdsprachige Zeitung lesen! Wirklich sehr traurig!).

Viele meiner politischen Zeitgenossen und natürlich ich selbst waren absolut überzeugt, daß die Bundesrepublik mittlerweile durch und durch westlich sei, daß die Muster, die Deutschland einst so häßlich gemacht haben, nun fast irrelevant seien. Bedauerlicherweise kann sich dieser Optimismus als verfrüht erweisen. Mich beunruhigt, daß der Konservatismus in Deutschland schlicht unfähig (oder unwillig) ist, seine unglückliche Vergangenheit abzuschütteln. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die „braunen“ Grundtöne in den politischen Äußerungen des deutschen Konservatismus wieder auftauchen. Was den deutschen Liberalismus betrifft, so sieht man auch dort die Rückkehr eines besorgniserregenden Hanges zu einem „Nationalliberalismus“ in der Art von Friedrich Naumann. Im Hinblick auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften lasse ich weiterhin meinen Optimismus die Oberhand gewinnen, obwohl sich empirisch klar erwiesen hat, daß auch ihre Führer abgrundtief bei der Aufgabe versagt haben, ein Klima zu schaffen, in dem Solingen undenkbar gewesen wäre. Meine Hoffnung, daß ich eines Tages von einem türkisch-deutschen Grenzschützer auf dem Frankfurter Flughafen durchsucht werde, daß ich mit einem tamilisch-deutschen Gewerkschaftsfunktionär bei der IG Metall und einem italienisch-deutschen Ministerialbeamten Interviews führe, erscheint mehr und mehr als verstörte Phantasie eines ausdauernden, aber unrealistischen Optimisten.